

Z D 678



# Schuhmacher-Fachblatt

## Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Funkten- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 1

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementpreis: Mk. 1.— für das Vierteljahr.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Gotha, 7. Januar 1917

(Verboten: Nr. 174.)

Inserate kosten 50 Pfg. die einseitige Zeile.  
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-  
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

31. Jahrg.

### Inhaltsverzeichnis.

Der Mangel an Bodenleder und die Arbeitszeitverkürzung. — Die Klagen der Werkmeister in den Schuhfabriken. — Die Zentralwerkstätte der Schuhmachergewerkschaft in Bens. — Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin. — Neue Klassenabteilung. — Die Unfallversicherung während des Krieges. — Der gesellschaftliche Nachdruck in Amerika. — Aus unserem Beruf. — Verbandsnachrichten. — Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Schuhmacher Deutschlands. — Ehrenliste.

Beilage: Für unsere weiblichen Mitglieder: Notwendige hauswirtschaftliche Entlastung für die erwerbende Frau. — „Mein Mann ist politisch organisiert.“ — 60-Minutenbetrieb für Arbeiterinnen in einer Schweizerischen Fabrik.

Feuilleton: Zur Naturgeschichte der Mütter.

### Der Mangel an Bodenleder und die Arbeitszeitverkürzung.

Wir haben bei der Besprechung der Arbeitszeitverkürzung festgestellt, daß die Schuhindustrie nicht an der 40-Stundenwoche, sondern am Mangel an Bodenleder leidet. Diese Auffassung wird nun von Schuhfabrikanten selbst ausdrücklich bestritten. Der „Schuhmarkt“ hat bei den Schuhfabrikanten eine Umfrage über die Streckung des Bodenleders gehalten und da antwortet eine Sandalen- und Sportschuhfabrik: Wir für unsere Fabrik können sagen, daß die Möglichkeit, den Betrieb aufrecht zu erhalten, schon lange nicht mehr besteht. 40 Stunden darf man nach dem Gesetz nicht mehr arbeiten; wir sind aber schon längst gezwungen, nur 20 und 25 Stunden zu arbeiten, weil uns sehr wenig Bodenleder zugeht worden ist. In Militärfabriken werden die Schuhfabriken schon längst nicht mehr so beschäftigt, wie im ersten Kriegsjahr. Die Aufträge darin sind äußerst gering. Andere Heeresartikel, womit wir unsere Kriegervornehmungen zum größten Teil hätten beschäftigen können, haben wir trotz großer Mühe zur Anfertigung nicht erhalten können. Was die Zukunft für unsere Fabrikation bringen soll, liegt noch sehr im Dunkel.

Eine größere Schuhfabrik für Gebrauchsschuhwerk aller Art schreibt: Im Hinblick auf die neuen Zusatzbestimmungen der Kontrollstelle für freigegebenes Leder über die Streckung von Bodenleder und Oberleder sind wir der Ansicht, daß wohl schon selber jede falsche Schuhfabrik die denkbar größte und weitgehendste Ausnutzung von Ober- und Unterleder unter Verwendung jeder möglichen Abfälle hat einzuhalten lassen, soweit dies eben eine gewisse Grenze der Haltbarkeit und Zuverlässigkeit, die der Fabrikant an seine Ware stellt, zuläßt. Für starkes Gebrauchsschuhwerk, hauptsächlich für Landwirtschaft und Arbeiter usw. sind die neuen Zusatzbestimmungen nicht in allen Teilen durchführbar, auch nicht nützlich und bedürfen der Abänderungen. Uns kommt es vor, wie wenn in der Sachverständigen-Kommission, die vor Erlass solcher Bestimmungen wohl gehört wird, dem richtigen Verhältnis für starkes Gebrauchsschuhwerk nicht der nötige Nachdruck verliehen wird. Wie soll aber der Landwirt und anderer Arbeiter an seiner Arbeit zweckentsprechendes Schuhwerk nicht mehr bekommen kann. Eine gute, feste, standhafte Ledertappe, eine gute, zuverlässige Leder-Brandschleife für starkes Gebrauchsschuhwerk erste und unerlässliche Bedingung!

Erlaubt ist den Fabriken für Sport-, Sandalen-, Haus- und Lagarschuhe, sowie für Pantoffeln die Verwendung von Spaltleder unter 1/2 mm Stärke, allein diese Ledertappe ist nur in ungenügender Menge aufzutreiben, so daß diese Schuhfabriken förmlich schreien nach einem geeigneten Ersatzmittel für Bodenleder.

Auffallenderweise wurde in der „Frankf. Ztg.“ nach schmerzlicher Aufhebung der Verordnung über die 40-Stundenwoche gerufen. Es erscheint aber absonderlich, daß das genannte Gesetz nicht aufgehoben wurde, nachdem die Einführung der Zivildienstpflicht in Aussicht genommen ist. Da fortgesetzt Arbeiter zur Föhn einberufen werden, befinden sich die Schuhfabriken zum weitaus größten Teile in recht großer Verlegenheit, und da auch die Heeresverwaltung während der Wintermonate große Aufträge zu vergeben in der Lage ist, so ist nicht recht zu verstehen, warum das Gesetz

noch weiter besteht. Wenn auch seine Aufhebung in Aussicht genommen ist, so müßte man doch erwarten, daß sie so bald wie möglich erfolge. Es ist keinesfalls damit zu rechnen, daß die Schuhfabriken Arbeiter entlassen würden, schon infolge des großen Mangels an Arbeitern. Sollten Entlassungen tatsächlich vorkommen, so werden sie so gering sein, daß es bei der großen Nachfrage leicht wäre, sofort anderwärts Beschäftigung zu finden. Nach einer Mitteilung der Kontrollstelle für freigegebenes Leder vom 30. Oktober 1916 an die Schuhfabrikbetriebe hat der Leberwachungs-ausschuß der Kontrollstelle beschlossen, beim Reichsanwalt des Innern die Aufhebung der Bekanntmachung vom 14. Juni 1916 und der Zusatzbedingungen vom 24. Juni 1916 zu beantragen. Die Schuhfabriken würden alsdann in der Lage sein, die Arbeiter in normaler Arbeitszeit zu beschäftigen. Die Kontrollstelle schreibt weiter: „Wenn dem Antrage vom Bundesrat stattgegeben wird, soll eine Leberwachungszeit festgesetzt werden, welche bei Entlassung von Schuhfabrikarbeitern eingehalten ist, damit die zur Entlassung kommenden Leute durch die Stellvertreternden Generalkommandos in Munitionsbetrieben oder anderen Betrieben, in welchen Arbeitsmangel herrscht, untergebracht und nicht erwerbslos werden.“ Diese Verhältnisse treffen gar nicht mehr zu, sondern der Arbeitermangel ist so groß, daß die Schuhfabriken außerstande sind, ihren Betrieb ordnungsmäßig aufrecht zu erhalten. Eine Forderung bei den Schuhfabrikanten würde sofort ergehen, daß Arbeiterentlassungen überhaupt nicht stattfinden würden oder nur in kleinstem Umfange.

Ich hoffe, diese Veröffentlichung wird dazu beitragen, daß diese Verfügung vom 14. Juni 1916 so schnell wie möglich aufgehoben werde und es jetzt in der schweren Zeit nicht weiter so bleibe, die Schuhfabrikarbeiter zwangsweise in etwa ein Drittel der früheren Arbeitszeit ohne Beschäftigung zu lassen. Durch die genannte Verfügung hat sich übrigens in fast allen Schuhfabriken ein Unbehagen herausgebildet, der besondere Erwähnung verdient. Mit Rücksicht darauf, daß die Leute circa 16 Stunden wöchentlich bezahlet bekommen, ohne dafür arbeiten zu müssen, sind große Schwierigkeiten zu überwinden, um es zu erreichen, daß Nebenarbeiten ausgeführt werden. Reparaturen an Raschmähern, Transmissionen und sonstiger Art können nicht durchgeführt werden weil die Leute sich weigern, Leberstunden zu machen. Diese Leute kommen dann in Verhältnis zu ihren übrigen Kollegen zu kurz oder es müßte eine Entgeltvergütung stattfinden, die nach dem Gesetz unzulässig ist und zwar insofern, als die Leberstunden-Arbeiter doch nur einen Teil derjenigen Zeit bezahlt bekommen, welche die anderen Leute zu Hause verdienen und auch dafür Vergütung erhalten. Also auch aus diesem Grunde erscheint eine baldige Aufhebung der Verfügung notwendig.

Der Artikel war zweifellos aus den Kreisen von Schuhfabrikanten dem Blatte zugegangen oder doch inspiriert worden. Die Gründe zum Schreien nach der Abschaffung der 40-Stundenwoche lagen in den Beiträgen der Schuhfabrikanten an die Entschädigung der Arbeiter für die in Wegfall gekommenen Arbeitsstunden und sodann in der allen gemächlichen Arbeitsstunden und sodann in der allen gemächlichen Arbeitsstunden Abneigung gegen die kurze Arbeitszeit. Anders, tiefer und weiter denkenden Schuhfabrikanten ist vor allem an der Erhaltung ihrer gelernten Arbeitskräfte gelegen. So schreibt in dieser Beziehung ein Schuhfabrikant dem „Schuhmarkt“: „Wir haben alle das Interesse, die mit vieler Mühe erworbenen und erzugenen Arbeitskräfte uns zu erhalten und können solche ohne weiteres auch bei richtiger Einteilung von Seiten der Behörde für die Ereigniszeit des Heeresbedarfs nutzbar gemacht werden.“

Berechtigt ist dagegen die ebenfalls in der „Frankf. Ztg.“ aus Kreisen der Schuhfabriken erhobene Reklamation gegen die Anrechnung von Militärspahierleistungen an die Ledertappe, wobei die Fabriken für die Zeit ohne Militärlieferungen und der Stillbedarf zu kurz kommen. Der gleiche Artikel enthält allerdings auch Ansichten, die wir entschieden zurückweisen müssen, auf die aber hier nicht weiter eingegangen werden soll.

Die 40-Stundenwoche der Schuhindustrie ist ungenügend aufgehoben worden, aber der Ledermangel, unter dem die Schuhindustrie litt und leidet, ist dadurch nicht beseitigt. Da gerade sind die Schuhfabriken, die nur mit innerem Widerstreben ihre Beiträge an die Arbeitslosenunterstützung leisteten und mit der 40-Stundenwoche unzufrieden waren, nun erlöst und befreit. Insofern es darauf ankommt, werden sie ruhige und glückliche Weihnacht gefeiert haben.

### Die Klagen der Werkmeister in den Schuhfabriken.

In der „Schuh-Welt“ klagt ein Einleider über die unbestehende wirtschaftliche Lage des Schuhfabrik-Werkmeisters, der eine wichtige und verantwortungsvolle Stellung bekleidet und alle seine großmütigen Kräfte einsetzt. „Wo ist es aber nun von der anderen Seite? Geh gegen Meister? Frägt der Einleider und antwortet darauf: „Was der Meister auch entsprechend gelohnt für seine Leistungen in dieser schweren teuren Zeit? Sehr oft nicht. Wie viele Meister stehen „unter“ den Arbeitern, es denkt niemand an die Meister, sie müssen mit ihrem alten Gehalt weiter durchkommen. Dabei wird es dem Meister nicht gekümmert, mit 40 Stunden seine 72 Stunden zu vollenden, er muß in der Fabrik seine 57 Stunden da sein, wenn er auch nach Betriebschluß nichts zu tun hat, denn er bekommt ja seinen Lohn. Wenn der Arbeiter Leberstunden macht, wenn der Meister auch vergütet, mit da zu bleiben, aber der Meister bekommt seine Leberstunden nicht bezahlt wie der Arbeiter. Wie wohl würde es manchem Meister tun, auch jetzt nach 40 Stunden die Fabrik mit verlassen und seine Gesundheit stärken zu können, anstatt in der Fabrik sich aufhalten zu müssen, trotzdem er nach Betriebschluß nichts zu tun hat; sollte eine notwendige Arbeit vorliegen, so ist es im Interesse jeden Meisters, von selbst dazubleiben. Die Arbeiter sind organisiert und halten zusammen; sie haben schon bei Kriegsausbruch eine Zulage bekommen; dann kam die Kriegszulage und jetzt die 40stündige Arbeitszeit, bei welcher die Arbeiter für 17 Stunden zu 32 Pfg. die Stunde ohne Kinder voll ausbezahlt erhalten. Wo aber bleibt der Meister? Der Chef denkt nicht an ihn, wenn es ums Geld geht. Daß aber der Meister mit seiner Familie auch Hunger bekommt und alles teurer bezahlt, das, daran denkt der Chef nicht. Es ist kein guter Tag, daß der Meister zuerst an den Chef herantritt und sagt es auch und trotzdem nichts erreichen kann, weil er allein dasteht. Da wäre es von unsern Verbandsvorständen auch einmal zu wünschen, ihre „Sache“ zu vertreten und zusammen an unsere Chefs heranzutreten, um darzutun, daß wir Meister es auch benötigen wie jeden Arbeiter. Aber in diesen Sachen denkt in unserm Verbände selber an den andern, jetzt wäre es an der Zeit, uns auch zu rühren und der Vorstand müßte die Kollegen unterstützen. Denn der Fabrikant denkt, weil der Meister unständig ist, er kann es ihm nicht. Also auf, ihr Verbandsvorstände, jetzt, daß ihr Vorstände seid und eure Mitglieder vertreten müßt, denn sonst ist nichts zu erreichen.“

Die Redaktion der „Schuh-Welt“ anerkennt die Klagen des Einleiders als berechtigt, will sie aber nicht als allgemein zutreffend gelten lassen. „Es muß gerechter Teil anerkannt werden, daß ein Teil der Herren Fabrikanten ihre Meister in entsprechender Weise bedacht haben. Diese sollen ihren Kollegen als Beispiel dienen. Wenn der Einleider den Verbandsvorstand auffordert, die Interessen der Meister auf dem gedachten Gebiete wahrzunehmen, so ist dazu zu bemerken, daß dies bereits mehrfach geschehen ist. Außerdem aber war bei dem Eintreffen der vorstehenden Einfindung bereits eine weitere Maßnahme in Vorbereitung, die in diesen Tagen zur Ausführung kommen wird und von der wir uns eine ermunternde Wirkung versprechen.“

Die Werkmeister sind eben auch Lohnarbeiter, allerdings solche in „gehobener Lebensstellung“, die auch Gehalt und nicht Lohn bekommen, worin aber auch vielfach nur der einzige — „würdige“ — Unterschied gegenüber den Arbeitern besteht. Die Werkmeister leben unter den gleichen unzulänglichen proletarischen Existenzbedingungen wie die Arbeiter, eine Tatsache, die auch von der Dittschowitzer Werkmeister-Zeitung zugegeben und anerkannt wurde. Darum auch bilden Werkmeister und Arbeiter nicht wirtschaftliche Gegenläufer, sondern tatsächlich eine wirtschaftliche Interessengemeinschaft, die aber formell getrennt ist und nicht besteht.

Immerhin dürften die proletarischen Werkmeister, die überdies meistens aus der Arbeiterklasse und auch aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind, mit Empathie den Bestrebungen der organisierten Arbeiterklasse, deren Gefolge und Fortschritt direkt und indirekt auch ihnen zugute kommen, gegenüberstehen und ihnen eher Förderung angedeihen lassen als sie etwa durch Widerstand zu hemmen,

# Die Werkstätte der Schuhmachergehilfen in Genf.

In Nr. 10 der „Schweiz. Lederarbeiter-Zeitung“ erschien ein Artikel über: „Die Zentralwerkstätte der Schuhmachergehilfen in Genf“. Der Verfasser des Artikels an die „Schweiz. Schuhmacher-Zeitung“, D. C., bezeichnet die Werkstätte als eine vorzügliche Einrichtung, was ja auch tatsächlich der Fall ist, denn es gibt in der Tat keine zweite ähnliche Werkstätte wie die auf der Südseite rue Grenus, Nr. 1, im 5. Stad. Das gegenüberliegende Häuserviertel ist etwas tiefer gelegen; schon der erste Sonnenstrahl begrüßt hier den Arbeiter, und das hält den ganzen Tag an bis gegen 7 Uhr abends im Hochsommer. Im weiteren sagt der Verfasser: „Da im allgemeinen die Arbeiter mit Vorliebe, gänzlicher Unabhängigkeit wegen, auswärts arbeiten, beziehen noch kleine private Werkstätten.“ Mit Vorliebe, freilich, aber wahr. Gibt es doch eine Anzahl von Meistern, die mit Vorliebe diese Werkstätten aufsuchen, und es gibt sogar etliche Meister, die prinzipiell keinen Arbeiter aus der Zentralwerkstätte beschäftigen. Wenn nun aber schon ein Arbeiter einmal keine Werkstätte wechselt, und kommt auf die Zentralwerkstätte, so ist geht dem betreffenden Meister die Arbeit aus, trotzdem er schon längere Zeit für ihn gearbeitet hat und der Meister mit ihm zufrieden war. Welches sind nun aber die Gründe? Weil die Arbeiter eben bei uns angehalten werden, den Tarif zu verlangen; weil sie sich nicht als Sklaven behandeln lassen wollen und die Meister eben nicht bezahlen können, was ihnen beliebt. Leider gibt es noch eine große Anzahl von Arbeitern, die auch mit Vorliebe sich von der Zentralwerkstätte fernhalten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie bei uns aufgefördert und moralisch überzeugt werden, dem Verbands beizutreten. Im übrigen können sie hier den Schnurleger nicht so spielen wie bei den Meistern. Bei uns müssen sie den Tarif verlangen und können sich nicht den Meistern anbieten, unter dem Tarif zu arbeiten. Weiter können sie auf der Zentralwerkstätte nicht arbeiten bis 10 und 12 Uhr abends, ebenso darf Sonntags nicht gearbeitet werden. Aus dem vorstehenden erhellen nun die Leser anderes Besseres, daß unsere vortrefflich eingerichtete Werkstätte von allen Seiten begünstigt wird. Nun komme ich, dem Wunsch des Zentralvorstandes entsprechend, auf die näheren Verhältnisse der Werkstätte selbst zu sprechen. Die Einrichtung sowie Inventar sind Eigentum der Sektion. Der Mietvertrag lautet auf den Namen der Sektion und ist diese selbst haltbar für eventuellen Ausfall. Die Miete beträgt jährlich 350 Fr.; wir haben aber beim Vermietet eine Reduktion von 100 Fr. erreicht, aber nur so lange der Krieg dauert. Zur Führung der Werkstätte ist von der Sektion ein Kassierer gewählt worden, welcher jeden Sonntag das Pfandgeld eintrifft und die Einnahmen und Ausgaben bucht sowie die Miete zu bezahlen hat; die Miete bezahlen natürlich nichts an die Miete. In jeder Vierteljahrsversammlung hat der Kassierer einen Rechnungsbericht vorzulegen. Das Pfandgeld beträgt gegenwärtig pro Woche 1 Fr. im Sommer und 1,20 Fr. im Winter, also 20 Cts. Entschädigung für Heizung und Licht. Das elektrische Licht hat im Oktober 1914 seinen Einzug gehalten. Um Ordnung und Reinlichkeit anzustreben zu erhalten, besteht eine Werstattordnung. Ich lasse diese im Wortlaut hier folgen:

**Art. 1.** Die Zentralwerkstätte ist Eigentum der Sektion Genf des Schweiz. Lederarbeiter-Verbandes.

**Art. 2.** Aufnahme findet jeder dem Verband angehörige Kollege; bei andern entscheidet der Sektionsvorstand, sofern diese vorstehende Werstattordnung anerkennen.

**Art. 3.** Das Pfandgeld beträgt auf allen Plätzen: für organisierte Kollegen 90 Cts, von 1. April bis 30. September und 1,10 Fr. vom 1. Oktober bis 31. März. Unorganisierte Kollegen zahlen 1 Fr. resp. 1,20 Fr.

**Art. 4.** Organisierte Kollegen, die mit ihrem Verbandbeitrag mehr als 6 Wochen rückständig sind, verlieren die oben angeführte Vergünstigung.

**Art. 5.** Das Pfandgeld ist nach Ablauf jeder Woche pünktlich am Montag dem jeweiligen Kassierer zu entrichten.

**Art. 6.** Mitglieder, welche mehr als acht Tage krank oder abwesend sind, zahlen kein Pfandgeld.

**Art. 7.** Mitglieder, welche aus dem Verbands ausgeschlossen werden, verlieren die Rechte auf die Werkstätte.

**Art. 8.** Sonntagsarbeit ist untersagt; jedoch können höchst dringende Ausnahmefälle gestattet werden.

**Art. 9.** Die Zentralwerkstätte kann im Sommer von früh 7 bis abends 8 Uhr und im Winter von früh 7 bis abends 7 Uhr benützt werden.

**Art. 10.** Jeder auf der Werkstätte Beschäftigte ist verpflichtet, nach Arbeitslohn seinen Platz zu reinigen. Das Reinigen der ganzen Werkstätte geschieht täglich abwechselungsweise durch die Kollegen. Im Winter hat der Betreffende zwischen 7 und 8 Uhr morgens einzubringen und die Miete zu bezahlen. Bei etwaigen Zufällen kommen aber auch die Kollegen der Sektion der Sektion zu entrichten, welche derjenige bezahlt, der die betreffende Arbeit befehligt hat.

**Art. 11.** Jeder Kollege ist zu bemerken, daß die Mitgliedschaft zum Verband obligatorisch war bis April 1911. Da nun die Mitgliedschaft mehr und mehr zurückging und alle größeren Gefahren sich auf die Sektionen verlegten, war auch die natürliche Folge davon, daß die organisierten Arbeiter immer mehr und mehr verschwand; deshalb haben wir uns gezwungen, auch unorganisierte Kollegen aufzunehmen, wenn wir den Zusammenbruch der Werkstätte verhindern wollten. Es ist dies eine bedauerliche Erscheinung, aber wir haben

schon manchem versucht, die welchen uns nationalen Kollegen in den Verband zu bringen, leider immer vergebens. Anmerkung der Redaktion der „Schweiz. Lederarbeiter-Zeitung“. Wir danken dem Kollegen Sch. seinen gut orientierenden Bericht und bedauern mit ihm, daß es Kollegen in der gewerkschaftlichen Zentralwerkstätte gibt, die nicht dem Verband als Mitglieder angehören. Das ist ein so unglücklicher Mangel an Kollegialität und Solidarität, an Gemeinschaftsgeist und Gemeinschaftsarbeit, daß man sie entschieden zur Wandlung zum Besseren auffordern möchte. Sie gehören in die Organisation, es ist ihre Pflicht, sich ihr anzuschließen, und darum hinein mit ihnen in den Schweizerischen Lederarbeiter-Verband!

## Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu Berlin.

Wir erhalten folgende Zuschriften:

**Bekanntmachung.**  
Die nächste fünfte Bodenleder-Verteilung für die Gruppe Kleinvertrieb erfolgt Anfang Januar 1917 und beträgt 3 Kilogramm für die eingeschriebene Arbeitskraft.

## Bekanntmachung der Kontrollstelle für freigegebenes Leder betreffend Gruppe Kleinvertrieb.

In der am 20. 12. 16 stattgehabten Sitzung des Aufsichtsrats der Reichslederhandelsgesellschaft werden unter Zustimmung der Vertreter der Regierungsbehörden und der Kontrollstelle für freigegebenes Leder in Rücksicht auf die veränderten Verhältnisse und zweeks Herbeiführung einer rationelleren Verteilung der freigegebenen Mengen Bodenleder nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Der frühere Beschuß, für jede Bodenleder-Verteilung eine so große Menge Bodenleder anzusammeln, daß auf jeden der in württembergischen Schuhmachereibetrieben beschäftigten Arbeiter mindestens 3 Kilo Bodenleder entfallen, kann in Rücksicht auf die seit einiger Zeit erheblich verminderten Freigaben nicht mehr durchgeführt werden, weil dann höchstens nur alle zwei bis drei Monate eine Verteilung vorgenommen werden könnte.

Die für jede Verteilung pro beschäftigten Arbeiter anzusammelnde Menge wird deshalb bis auf weiteres auf 2 Kilo Bodenleder herabgesetzt.

2. Um ein Zerstreuen des Leders in zu kleine Mengen zu vermeiden und die Verteilungen zu beschleunigen, sollen Lederhandlungen und Genossenschaften, in deren Kundenlisten zurzeit nicht bereits Schuhmachereibetriebe mit mindestens 10 Arbeitsträften eingeschrieben sind, in Zukunft bei der Verteilung nicht mehr berücksichtigt werden.

Die bei diesen Lederhandlungen und Genossenschaften eingeschriebenen Schuhmachereibetriebe werden von der Kontrollstelle aufgeführt, sich bei einem anderen in der Nähe ihres Wohnortes gelegenen Lederhändler des gleichen Handwerksamterbezirks, bei welchem bereits Schuhmachereibetriebe mit 10 oder mehr Arbeitsträften eingeschrieben sein müssen, in dessen Kundenliste eintragen zu lassen.

3. Neuanmeldungen oder Veränderungen in den Meisterlisten der Handwerksammern oder den Kundenlisten der Lederhändler sind bis spätestens 10. Januar 1917 der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zu melden. Nach diesem Termin können von Ablauf von 3 Monaten Veränderungen nicht mehr berücksichtigt werden. Die unter Berücksichtigung der bis zum 10. Januar 1917 eingehenden Meldungen aufzustellenden Listen gelten als Grundlage für die während der nächsten 3 Monate vorzunehmenden Lederverteilungen.

4. Die von den Sammellägern der Reichslederhandelsgesellschaft vorzunehmenden Verteilungen erfolgen, sondern der Reihe nach, sobald für einen Bezirk eine genügende Menge Leder angesammelt ist, vorgenommen werden. Hierdurch soll vermieden werden, daß infolge Ansammlung allzu großer Mengen Bodenleder an den Sammellägern und durch die bei einer gleichzeitigen Verteilung an alle Bezirke zeitweilig entstehende Überlastung des Personals die Zufuhr von den Gerbereien an die Sammelläger der Reichslederhandelsgesellschaft vor jeder Verteilung unterbrochen werden muß, wodurch bisher sowohl Verzögerungen in der Abnahme der Leder von den Gerbereien als auch in der Verteilung unvermeidlich waren.

5. Nachdem das Kriegsmaterial großen Wert darauf legt, eine Entlastung der Bahn und Post herbeizuführen, müssen die den einzelnen Gerbereien nächstgelegenen Sammelläger zugewiesen werden, soweit hierdurch nicht die den Lederhändlern der betreffenden Bezirke zustehenden Mengen überschritten werden. Einlage überschüssige Mengen sind von der Reichslederhandelsgesellschaft einem anderen benachbarten Sammelläger zu leisten.

6. Vorstehende Bestimmungen finden erst von der 6. Verteilung an Anwendung, da die 5. Verteilung bereits vortrottel ist.

7. Die Bezirkskommissionen werden aufgelöst, nachdem die von denselben zu leistenden Arbeiten nuncmehr von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder und der Reichslederhandelsgesellschaft ausgeführt werden.

## Neue Klassenrichtung.

Je länger der Krieg dauert, desto unangenehmer macht sich die sogenannte „Kriegskonjunktur“ bemerkbar. Insofern die Gesamtmasse des Volkes die schwersten Opfer bringen muß, nicht nur an Blut, sondern auch an Gut, ergiebt sich über eine Rinderzahl ein wahrer Strom von Reichtum. Das war vorauszu sehen und kann den nicht übersehen, der schon früher die Zusammenhänge unserer Wirtschaftsordnung gekannt hat. Aber die lange Dauer des Krieges läßt den Widerspruch immer greller hervortreten. Die Umschlüsse des Jahres 1914 wurden noch fast mit Stillschweigen übergegangen, abgesehen auch sie wenigstens für die eigentlichen Kriegslieferanten recht erhebliche Gewinnsteigerungen brachten. Wäre der Krieg im Laufe des Jahres 1915 zu Ende gegangen, so wären diese Gewinne nur Material für spätere Forscher der Wirtschaftsgeschichte geblieben. Aber der Krieg ging weiter und die Umschlüsse für 1915 erregten bereits allgemeines Staunen, das nicht mehr verschwiegen wurde. Jetzt stehen wir kurz vor den Umschlüssen für 1916 und man weiß bereits, daß deren Zahlen die des Vorjahres wieder hinter sich lassen werden. Hat doch z. B. die Firma Krupp, deren Reingewinn vor dem Krieg zuletzt 39 Millionen Mark betrug und die ihn im ersten Kriegsjahre (1914/15) auf 80 1/2 Millionen Mark hat steigen sehen, im zweiten Kriegsjahre wiederum höhere Einnahmen und folglich auch höhere Bruttoüberschüsse zu verzeichnen gehabt.

Aus leicht begreiflichen Gründen hat diese Tatsache bei vielen Leuten ein gewisses Unbehagen erregt. Insofern der Staat alles Mögliche unternimmt, um übermäßige Gewinne und damit übermäßige Preise zu verhindern, sieht man, wie die Gewinne und die Preise immer weiter steigen. Unangenehme Schlussfolgerungen ergeben sich da von selbst, und so ist es nur natürlich, daß man der Tatsache, gegen die man sich ohnmächtig fühlt, mit allerhand Deutungen beizukommen sucht. Eine solche, die ein näheres Eingehen lohnt, fanden wir dieser Tage in einem angelegentlich bürgerlichen Finanzblatt.

Es sei allerdings richtig — konnte man da dem Sinne nach lesen — daß der Krieg des Lebens Güter ungleich verteilt, den einen Reichtum bringt, den anderen Gewinne; aber falsch sei es, daß ganz allgemein die Kapitalisten die Begünstigten, die Arbeiter die Benachteiligten seien. Die Kriegswirtschaft habe die alte Klassensteilung in Kapitalisten und Arbeiter über den Haufen geworfen und eine neue Schichtung auf ihre Stelle gesetzt. Unter denen, die Vorteile aus ihr ziehen, befänden sich nicht nur Kapitalisten, sondern auch Arbeiter, wie umgekehrt die Verluste und Nachteile nicht nur Arbeiter, sondern auch Kapitalisten trafen.

„Der Krieg braucht Kapital und Arbeit in einer bestimmten Form. Aber zufällig über diese Form verfügt, sei er Kapitalist oder Arbeiter, der zieht hohen Nutzen aus der heutigen bösen Zeit; wer nicht über sie verfügt, der kommt zu Schaden.“

Auf der anderen Seite seien tausende von Kapitalisten zu Grunde gegangen und ins Proletariat herabgesunken; auf der anderen Seite gebe es eine Arbeiterschaft, die so total fast hoch bezahlt werde, daß sie mit Hilfe ihrer Ersparnisse zu Kapitalisten werden können.

„Der Krieg vertieft also nicht etwa den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sondern schafft Gegenfüßler ganz anderer Art. Zwischen dem Kapital, das durch die Kriegsverhältnisse teilweise oder völlig entwertet wird, und dem Kapital, das davon profitiert, kauft ein tieferer Spalt, als jemals zwischen Kapital und Arbeit geklafft hat.“

Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, daß eine solche Umgestaltung, selbst wenn das alles richtig wäre, an dem Kapitalverhältnis nicht das geringste ändern würde. Es würden dann eben andere Personen sich in der Lage der Kapitalisten bzw. der Arbeiter befinden. Und selbst wenn es zuträfe, daß in diesen außergewöhnlichen Zeitaltern einzelne Arbeiter sich durch Ersparnis ihres Lohnes zu Kapitalisten aufschwimmen können, würde das auch noch nichts an allgemeinen Stand der Dinge ändern. Ob es aber zutrifft, wollen wir alsbald sehen.

Wenn man die Tatsachen betrachtet, wie sie wirklich sind, so sieht sich zunächst auf der Seite des Kapitals etwas wesentlich anderes als was jene Deutung annimmt.

Sicherlich wird es auch in diesem Kriege eine Reihe von Kapitalisten geben, die durch den Krieg ruiniert worden sind. Aber obel sind es auf keinen Fall. Wenigstens hat man von einer Vermehrung der Konturfe nichts vernommen. Im Gegenteil, ihre Zahl hat sich während des Krieges verringert. Die amtliche Statistik zählte in den letzten Jahren vor dem Kriege je 11 000 bis 12 000 neu ausgebrochene Konturfe im Deutschen Reich. 1913 waren es sogar fast 12 800. 1914 dagegen nur 10 500 und 1915 gar nur 6 500. Für 1916 ist bisher nur das erste Vierteljahr bekannt. Es zeigt eine neue starke Abnahme. Neu ausgebrochene Konturfe gab es im 1. Quartal 1914 8180, im 1. Quartal 1915 2054, im 1. Quartal 1916 1213.

Es wäre gewiß verfehlt, aus diesen Zahlen vorstehende Schlüsse zu ziehen. Man kann sich vorstellen, daß in vielen Fällen gerade durch Kriegsmassnahmen wegen Einberufung des Geldsitzinhabers der Konturfe verhindert oder hinausgeschoben worden ist. Aber wobei zeigt sie unumwunden, daß von einer allgemeinen Verschlechterung der Lage der Kapitalisten durch den Krieg keine Rede sein kann.

Genau umkehrbar aber ist die Tatsache, daß sich die Segnungen der guten Kriegskonjunktur keineswegs auf die direkten Kriegslieferanten beschränken. Man braucht nur an einen beliebigen Tage den Handelsteil einer großen bürgerlichen Zeitung anzuschlagen, so sieht man die Gewinnsteigerungen in allen möglichen Branchen. Ob das sind Bierbrauereien oder Elektrizitätswerte, Gummiwarenfabriken

oder Straßenbahnen, Banken oder Zuteilplattieren, Raffinerie oder Hilfsfabriken — sie alle, alle haben Teil an der unheimlich enormen Steigerung der Gewinne. Natürlich manchmal einzelne Ausnahmen dabei; so, das Baugewerbe, sind immer vor dem Kriege krank, scheint auch jetzt darniederzuliegen. Jedenfalls steht oder fällt, daß nicht nur ein Teil der Kapitalistenklasse im Kriege reich wird und daß nicht innerhalb der Kapitalistenklasse eine neue Klassensteigerung sich vollzieht zwischen denen, die vom Kriege Vorteil, und denen, die von ihm Schaden haben.

Es war das auch nicht anders zu erwarten, obgleich es vielleicht manchem überraschend gekommen ist. Die Gelege der Durchschnittsprofite lassen es nicht anders zu. So bald durch die Not des Krieges ganz am Anfang sich in den Industrien, welche die Kriegsbedürfnisse liefern, ein hoher Gewinn eingebürgert hatte, würden die Kapitale aller anderen Branchen dorthin geströmt sein und die gesamte Produktion, die doch ebenfalls unentbehrlich war, würde liegen gelassen sein, wenn man hier den Kapitalismus nicht dieselben hohen Gewinne zugestimmt hätte. Gemäß den Zusammenhängen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mußte also die hohe Profitrate sich alsbald auf sämtliche Zweige des Kapitals ausbreiten, ohne daß man deshalb einen besonderen, erst durch den Krieg erstellten Versicherungsbeitrag anzunehmen braucht.

Und nun gehen wir hinüber zur Seite der Arbeiter. Es ist richtig, daß ein Teil von ihnen Löhne bekommt, die im Vergleich zu den Friedensstadien schwindenartig sind. Im Reichslohn von 150 Mk., 200 Mk. und noch mehr pro Woche konnten nicht nur vor, sondern bilden heute für manche Arbeitszweige der Waffenindustrie die Regel. Aber manche Arbeitszweige der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind zwei wichtige Unterschiede gegenüber den früheren Kapitalgewinnen bemerkbar. Erstens ist auf einer solchen Verallgemeinerung, wie wir sie beim Kapitalprofit gesehen haben, keine Rede. Zweitens ist die Lohnhöhe für Arbeiter, die allerdings sehr lüdenhaft ist, und nur Stichproben zeigen, so zeigt sich für manche Arbeiterkategorien allerdings eine Erhöhung, andere aber haben sich seit Kriegsbeginn nicht geändert, noch andere sind sogar gesunken. In den nicht erkennenden Ausmaßen zum vaterländischen Hilfsdienst werden die „ortswässigen Tagelöhne“ geboten. Das heißt, daß wohl genug. Auch ist die Arbeitslosigkeit keineswegs ganz geschwunden. Selbst in dieser Zeit der Einberufung so viel tauglicher Arbeitskräfte haben wir in den Fachverbänden immer noch etwa 2 Prozent Arbeitslose, was selbst bei einer Arbeiterzahl von nur 10 Millionen im ganzen Deutschen Reich nicht weniger als 200 000 Arbeitslose bedeuten würde. Rechnet man also das Einkommen der gesamten Arbeiterklasse ineinander, dann dürfte jedenfalls keine Steigerung gegenüber dem Frieden herauskommen.

Und dazu kommt der zweite Unterschied, den die Steigerung aller Preise verursacht. Wenn der Kapitalprofit so stark gestiegen ist, dann macht es dem einzelnen Kapitalisten wenig aus, daß er jetzt für ein Pfund Schweinefleisch 3 bis 4 Mk. für Bänkefleisch gar 7 bis 8 Mk. bezahlen muß. Was ihm übrig bleibt, ist immer noch viel mehr, als er sonst hätte. Ganz anders beim Arbeiter. Hier heute 150 Mk. die Woche verdient, steht sich tatsächlich erst höchstens ebenso als wenn er vor dem Kriege 50 Mk. verdiente. Uns ist deshalb auch noch kein Arbeiter bekannt geworden, der von seinem jetzigen Kriege noch ein Kapital ersparen könnte.

Mit der angetragenen neuen Klassensteigerung ist es also nichts und es hat keinen Zweck, sich solchen Illusionen hinzugeben. Die Dinge sehen, wie sie sind, und nicht, wie man sie sich wohl wünschen möchte, ist das erste Erfordernis der Zeit.

## Die Unfallverhütung während des Krieges.

Von H. Kayser.

Bei der Durchführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst wird sich die Notwendigkeit ergeben, Arbeiter aus ihrer bisherigen Beschäftigung zu entfernen und sie in Betrieben und Berufswegen unterzubringen, deren Arbeitsmethoden ihnen zunächst fremd sind. Für diese Arbeiter bedeutet das Umstellen meist eine erhebliche Steigerung der Unfallgefahr. Diese Gefahr ist um so größer, als die mit den Gefahren vertrauten, eingearbeiteten Leute zum größten Teil im Felde sind und das weibliche und jugendliche Element einen unüberhältnismäßig starken Bestandteil der Belegschaft der industriellen Betriebe bildet.

Eine Steigerung der Zahl der Unfälle im Verhältnis zu der Zahl der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter ist seitdem schon aus den Berichten der Berufsgenossenschaften festzustellen. In einem Rundschreiben vom 30. Oktober 1916 an die gewerblichen Berufsgenossenschaften zählt das Reichsversicherungsamt eine Reihe von Gründen auf, welche die Zunahme der Unfälle hauptsächlich veranlassen können. An erster Stelle steht hier die Beschäftigung vieler ungeschulten und weiblicher Arbeiter, die mit den Gefahren der Betriebe nicht vertraut sind. Denn die Gleichgültigkeit solcher Arbeiter hinsichtlich der Unfallverhütungsvorschriften, Unkenntnis der Unfallverhütungsvorschriften, Mangel an ungeschultem Aufsichtspersonal und an Weibern, sowie Vorarbeitern, notdürftiges Herrichten von im Felde gebrauchlichen Maschinen für die Erzeugung von Kriegsmaterial, Überstunden mit weitgehender Heranziehung der Arbeitskräfte, Zunahme der Unfallgefahrlichkeit durch die Eigenart der veränderten Betriebsweise und ganz schließlich die Überfüllung der Werkstätten durch nachträglich aufgestellte Maschinen.

Gemäßmaßen als Loos sagt das Reichsversicherungsamt an einer Stelle seines Rundschreibens, es habe sich überzeugt, daß bei seiner Berufsgenossenschaft die Unfallziffer eine hohe erreicht hat, die gegenüber der Friedensziffer bedeutend wäre. Über dieser Trost hat nur einen echt problematischen Wert, und es wäre verfehlt, wollte man im Bestreben darauf die Dinge laufen lassen. Tatsächlich sind bei weitem nicht alle Unfälle gemeldet worden. Wird doch dem Erlaß selbst ausgeführt: „Es ist häufig beobachtet worden, daß Arbeiter kleinere Unfälle überhaupt nicht melden, weil sie eine Arbeitsunterbrechung und damit eine Kürzung ihres bisherigen Lohnes befürchteten. In vielen Fällen zeigte sich Unfallverhütung zu werden, um wieder in den schnell wieder arbeitsfähig zu kommen. Das ist auch ein Hauptgrund dafür, daß die Zahl der einschlägigen Unfälle sich überall zurückgegangen ist.“

Das Reichsversicherungsamt liefert mit dieser Stelle seines Erlasses ein wertvolles Material zu der Beurteilung der „Rentenfrage“ der Arbeiter, die sonst in den Gutachten der Berufsgenossenschaften und in den Gutachten der Vertrauensärzte eine so große Rolle spielt. Eine ihrer Ursachen dieser sogenannten Rentenfrage ist die unzulängliche Entschädigung der Verletzten und die Schwierigkeit, sonstige Entschädigungen der Verletzten sich wieder eine ausreichende Erfindung zu schaffen. Bei dem jetzt herrschenden Arbeitermangel werden Arbeiter mit körperlichen Beschädigungen in Friedenszeiten nur schwer Aussicht haben, in einem Betrieb eingestellt zu werden. Eine ausreichende Unfallversicherung würde die viel belagte und oft übertriebene Rentenfrage sehr bald verschwinden lassen. Die Arbeiter haben im allgemeinen das erste Streben, nach einem erlittenen Unfall recht schnell wieder arbeitsfähig zu werden. Recht bedenklich stimmt die Mitteilung, daß die Berufsgenossenschaften die zahlreichen Gesuche um Zulassung zu

Wenn man bis zu dem Ursprünge der Staaten hinaufsteigt, so ist es einleuchtend genug, daß der Regent schlechterdings kein Recht über die Meinungen der Bürger hat. Würste man nicht wohnsüchtig sein, wenn man sich vorstellen wollte, daß Menschen zu einem irdischen Gefäß hätten: wir erheben dich über uns, weil wir getrennt Sklaven sein wollen, und wir geben dir die Macht, unsere Gedanken nach deiner Willkür zu lenken! Sie haben vielmehr gesagt: wir bedürfen deiner, um die Geseetze aufrechtzuerhalten, denen wir gehorchen wollen; um weise regiert zu werden und uns zu schützen. Nebenbei aber fordern wir von dir Achtung für unsere Freiheit. Dies ist das Verlangen der Völker, wogegen keine Einwendung stattfinden kann; und diese Toleranz ist selbst so verteilt für die Gesellschaften, wo sie eingeführt ist, daß sie das Glück des Staates bewirkt.

gendlicher Arbeiter zur Bedienung unfallgefährlicher Maschinen meist genehmigen. Es heißt zwar dann weiter, daß die Genehmigung zum Teil nur unter der Bedingung erteilt wurde, daß die Beschäftigung nur noch eingetragener Unterweisung in den Unfallverhütungsvorschriften und an sorgfältig gegen Unfall gesicherten Maschinen und nur während der Kriegsdauer erfolge. Die Berufsgenossenschaften, die die Genehmigung unter solchen Bedingungen erteilen, haben ihr Gewissen freigelegt. Inwiefern die Bedienung beachtet werden, ist eine Sache für sich. Eine Kontrolle dürfte nur in seltenen Fällen vorgenommen werden sein.

Die Aufsichtigung der Betriebe durch die Organe der Berufsgenossenschaften ist schon im Frieden nur recht mangelhaft ausgeübt. Die Zahl der technischen Aufsichtsberechtigten ist viel zu gering, sie hat aber während des Krieges durch die Einberufung vieler Beamten zum Heeresdienst eine weitere Verminderung erfahren. Erfahrungsregeln wurden nur in geringerer Weise eingeführt, soweit sie erfolgte, der einzelnen Ueberwachungsbezirke ist, soweit sie erfolgte, nur ein unzureichender Erlaß für das Fehlen der Beamten.

Die Einführung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst macht es notwendig, der Unfallverhütung eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Der Mangel, der vielfach auf diesem Gebiete während des Krieges eingetreten ist, muß ernsthaft gesteuert werden. Die Gründe, die diesen Mangel veranlassen, müssen durch die Feststellungen des Reichsversicherungsamtes nach Möglichkeit abgestellt werden. Die Berufsgenossenschaften dürfen die Genehmigung zur Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Personen nicht mehr so leichtfertig erteilen. Hier muß und kann Abhilfe geschaffen werden, indem die unerfahrenen Personen tatsächlich in ausreichender Weise vor Unfallgefahren geschützt werden. Bei derartigen Unfällen werden die Verletzungen und die Beschädigungen der Arbeiter, trotz des Arbeitermangels an dem Verbot der Beschäftigung jugendlicher und weiblicher Arbeitskräfte festhalten müssen.

Sehr zu beachten ist es, daß das Reichsversicherungsamt in der letzten Heranziehung der Arbeitskräfte zu Ueberstunden einen wichtigen Grund für die Zunahme der Unfälle erkannt hat. Hier muß und kann Abhilfe geschaffen werden. Durch praktische Erfahrungen ist hinreichend bewiesen worden, daß mit der Dauer der täglichen Arbeitszeit die Arbeitsleistung keineswegs steigt, eine solche ist im Gegenteil häufig bei einer Verkürzung der Arbeitszeit festgestellt worden.

Diese Erfahrungen sind in der Kriegsindustrie auch zu beachten. Trotz der körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter durch die bestimmten Mängel in der Ermüdung wesentlich beeinträchtigt ist, wurden die Arbeiter in erheblichem Maße zur Leistung von Überstunden angehalten. Das Ergebnis ist eine Steigerung der Unfallzahlen. Die Zahl der Unfälle wird sinken, was ebenso erwünscht ist, die Zahl der Unfälle wird sinken, was ebenso erwünscht ist. Mit ganz besonderem Nachdruck muß aber eine wirksame Ueberwachung der Betriebe gefordert werden. Nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung teilen sich in diese die Gewerkschaften und die technischen Aufsichtsberechtigten der Berufsgenossenschaften. Die Berufsgenossenschaften der Betriebe der Gewerkschaften ist während des Krieges eingestellt worden. Zweifellos ist infolge der Einberufung der Beamten zum Heeresdienst eine Einschränkung der Aufsichtstätigkeit eingetreten, deren Maß allerdings der Beschäftigung nicht betragt. Daß die Aufsichtstätigkeit der Berufsgenossenschaften eine starke Einschränkung erfahren hat, was man, und aus dem vorerwähnten Befunden gewinnt man auch den Eindruck, daß in Bezug auf die Unfallverhütung der Betriebe weniger strenge Anforderungen gestellt werden als im Frieden.

Unter der Herrschaft des Hilfsdienstgesetzes muß in dieser Hinsicht eine gründliche Ueberprüfung eintreten. Die Zahl der Aufsichtsberechtigten muß auf den notwendigen Stand gebracht werden und wir müssen entschieden fordern, daß in weit stärkerem Maße, als das bisher der Fall war, Arbeiter zum Aufsichtsdienst herangezogen werden. Wo es gilt, Umfälle zu verhüten, darf keinerlei Rücksicht geübt werden, die großen Menschenverluste auf den Schlachtfeldern, die die großen Verluste der Volksgenossen, die infolge der im Felde erlittenen Verletzungen mit verminderter Leistungsfähigkeit in das Erwerbsleben zurückzuführen, sie bedeuten eine Gefahr für die künftige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, die nicht unterschätzt werden darf. Eine weitestgehende Verantwortung muß alles daran setzen, daß angesichts der schweren Verluste an Arbeitskraft, die wir auf den Schlachtfeldern erleiden, jeder vermeidbare Verlust in der Heimat auch vermieden werde. Es darf nichts unterlassen werden, die Unfallgefahr in den gewerblichen Betrieben herabzumindern. Angeseht der Ausbreitung des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst erleben wir mit allem Nachdruck die Forderung: Weitergehender Schutz der Arbeiter gegen Unfallgefahr!

## Der gesetzliche Achtstundentag in Amerika.

Ein bedeutender Kulturschritt inmitten des Krieges, natürlich nicht wegen des Krieges, sondern vielmehr trotz des Krieges. Die Eisenbahner der Vereinigten Staaten von Amerika haben den gesetzlichen Achtstundentag erzwungen. Nachdem schon seit 1889 der gesetzliche Achtstundentag in den amerikanischen Staatsbetrieben und in jenen Privatbetrieben, die für den Staat arbeiten, besteht, hätte eigentlich in den Vereinigten Staaten schon längst der gesetzliche Achtstundentag für alle Gewerbe und Industrien eingeführt werden sollen. In verschiedenen Einzelstaaten besteht er allerdings, aber nur für Frauen und Kinder, für Bergarbeiter und etwa noch für die eine oder andere Arbeitergruppe. Aber allgemein war und ist der gesetzliche Achtstundentag auch in Amerika noch immer nicht.

Die organisierten Arbeiter Amerikas kämpften schon seit mehr als einem halben Jahrhundert für den gesetzlichen Achtstundentag und auf dem 1966 in Baltimore abgehaltenen amerikanischen Arbeitertag wurde er als eine der wichtigsten Arbeiterforderungen aufgestellt. Die mächtigsten Demonstrationen im Jahre 1886 in Chicago, die leider mit einem schändlichen Justizmassenmord an Sozialisten endeten, galten ebenfalls dem Arbeitertag. Seitdem wurden die Forderungen der organisierten Arbeiter Amerikas stets für den Achtstundentag gekämpft, den heute gewiß auch hunderte Tausende, wenn nicht einige Millionen Arbeiter in Privat- und öffentlichen Betrieben haben.

Seit Monaten standen die amerikanischen Eisenbahner in einer mächtvollen Bewegung für den Achtstundentag und entsprechende Lohnbewegung. Die Verwaltungen der ausschließlich privaten Eisenbahnen lehnten die Forderungen aus finanziellen Gründen ab und tatsächlich sollen manche amerikanische Bahngesellschaften in einer finanziellen Krise stecken. Das ist aber nur ihre Sache, die Eisenbahner drohten mit dem Streik zur Durchführung ihrer Forderungen, der ein allgemeiner Streik geworden sein und das gesamte amerikanische Verkehrs- und Wirtschaftsleben zum stillstehenden Stand gebracht haben würde. Die Zahl der wütenden amerikanischen Eisenbahner beträgt etwa 1 700 000, die Länge des amerikanischen Eisenbahnnetzes rund 400 000 Kilometer.

Unter diesen Umständen sah sich der Präsident der Vereinigten Staaten Wilson gezwungen, den Eisenbahner die Forderungen der Eisenbahner und empfahl andererseits den Bahngesellschaften die Erhebung ihrer Frachttarife zum Ausgleich mit den Mehransprüchen infolge der Annahme der Arbeiterforderungen. Die Bahnverwaltungen lehnten aber ab und nun war die Gefahr des großen Eisenbahnstreiks in eine sehr gefährliche Nähe gerückt. Nun betrat Präsident Wilson den gesetzlichen Weg, indem er in einer gemeinschaftlichen Sitzung der beiden Unionsparlamente (Repräsentantenhaus

er macht  
Indes  
bringen  
gleich  
Reichum.  
schen, der  
ordnung  
läßt den  
schlüsse  
übergan-  
Kriegs-  
brücken.  
de gegen-  
stärke For-  
der Krieg  
bereits all-  
wurde. Seit  
man weiß  
eder hinter  
app, deren  
Wort be-  
auf 88/  
Kriegsjahr  
auch höhere  
Lafache bei  
Indes der  
ge Gemeinn  
t man, wie  
Unan-  
selbst, und  
gen die man  
beizumomme  
ohnt, fandes  
hen Finanz  
dem Sinne  
ungleich ver-  
winne; aber  
n die Begün-  
den Kriegs-  
katalisten und  
neue Schick-  
Borteile aus  
sondern auch  
teile nicht nur  
in einer be-  
form verhält,  
den Nutzen aus  
er verhält, der  
Kapitalisten  
begünstigen; auf  
die so kolossal  
Ersparnisse zu  
Gegenüber zwi-  
Berechtigten ganz  
durch die Kriegs-  
wird, und dem  
erer Spalt, als  
es hat.“  
ne solche Umge-  
den dem Kapital-  
Es würden  
der Kapitalisten  
dann es zuträfe,  
einige Ar-  
Kapitalisten auf-  
sichts am allge-  
zutritt, wollen  
wie sie wirklich  
Kapitals etwas  
annimmt.  
eine Reihe von  
nert worden sind.  
ens hat man von  
vernommen. Im  
Krieges verringert.  
Jahren vor dem  
den Konturfe im  
12. 1900. Für 1916 ist  
Es zeigt eine neue  
umgebung gab es im  
2054, im 1. Quar-

und Senat, zusammen Kongress genannt) erschien und die Annahme seiner oben erwähnten Vermittlungsvorschläge in Form eines Gesetzes empfahl. Er machte dann auch dem Kongress eine entsprechende Gesetzesvorlage, die aber noch weiter geht und zwar in reaktionärem Sinne, indem sie nach bekannten Mustern den Eisenbahnern das Streikrecht entzieht, also den Arbeitszwang für die Eisenbahner schafft. Ueber das Auftreten Wilsons im Kongress wurde berichtet:

Wilson hielt eine Rede in einer gemeinsamen Sitzung des Kongresses, in welcher er Vorschläge zur Verhinderung eines Eisenbahnstreiks machte, darunter die Einführung des Achtstundentages und Ernennung einer Kommission, welche die Wirkungen des Achtstundentages und den Betrieb der Eisenbahnen durch den Staat im Falle eines Streiks prüfen soll. Wilson sagte, daß ein allgemeiner Eisenbahnstreik für das Land ein furchtbares Unglück bedeuten würde und erklärte, daß die Führer der Eisenbahnergewerkschaften keine Vorschläge angenommen hätten, daß aber die Vertreter der Eisenbahndirektionen dagegen gewesen seien, und das in einem Augenblick, in welchem feststand, daß der Achtstundentag schließlich unter dem Druck der Arbeiterorganisationen und der öffentlichen Meinung doch werde angenommen werden müssen. Die Direktionen hätten ihre Weigerung damit begründet, daß an dem Grundgedanken der Schiedsgerichtsbarkeit unbedingt festgehalten werden müsse, obwohl augenblicklich noch keine Möglichkeit bestände, um ein Schiedsgericht ins Leben zu rufen. Der Präsident verlangte erstens die Bereinigung der Mitgliederzahl der zwischenstaatlichen Kommission, Erweiterung der Befugnisse dieser Körperschaft; zweitens Einführung des Achtstundentages für das ganze Personal; drittens Untersuchung einer besonderen Kommission über die Folgen, die der Achtstundentag für den Betrieb haben würde; viertens Ermächtigung der zwischenstaatlichen Kommission, die Kosten, die die Einführung des Achtstundentages mit sich bringen würde, bei der Festsetzung der neuen Tariftarife zu berücksichtigen; fünftens eine ergänzende Gesetzgebung, durch die Streiks oder Aussperrungen verhindert werden, so lange die Schiedsgerichtsbarkeit bei industriellen Konflikten noch nicht endgültig festgelegt ist; sechstens Ermächtigung des Präsidenten, im Falle der militärischen Notwendigkeit den Betrieb der Eisenbahnen selbst zu übernehmen.

Diese Wilsonsche Gesetzesvorlage ist nun vom Kongress angenommen, damit der gesetzliche Achtstundentag für fast zwei Millionen Arbeiter und Angestellte geschaffen und der Streik vermieden werden.

Zur vollen Würdigung dieser kulturgeschichtlich bedeutungsvollen Vorgänge in einem neutralen und friedlichen Lande während der Kriegszeit; wird man noch den Wortlaut des neuen Gesetzes abwarten müssen. Über die Tatsache der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages für fast zwei Millionen Arbeiter und Angestellte steht fest und damit der Sieg einer großen internationalen Arbeiterbewegung, der Förderung des Pariser internationalen Sozialistenkongresses von 1889 und des Baltimorer Kongresses der amerikanischen Arbeiter von 1866. Gewiß ist nicht allgemein der gesetzliche Achtstundentag eingeführt worden, sondern nur für eine große Arbeiterkategorie. Aber es handelt sich dennoch um einen großen Fortschritt und Erfolg der Bestrebungen der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung; um einen Erfolg, der weiter bahnbrechend und neue Gebiete erobert werden muß.

Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter hat einen neuen großen Erfolg errungen. Wo wäre der unorganisierte Proletariat, der angesichts dieses erhebenden Sieges noch immer den traurigen Mut beleihe, seinen Anstoß an die Gewerkschaft mit der nichtsinnigen Phrase: „Es nützt ja doch nichts!“ abzutun? Es nützt und darum alle unorganisierten Kollegen und Kolleginnen: hinein in den Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands!

### Aus unserem Beruf.

Die 25jährige Geburtsjubiläum feierte die Schuhfabrikfirma Haug und Leonhardt in Eppendorf i. S. Wie immer bei solchen Gelegenheiten liegt auch in diesem Falle die Fabrikantenpresse die höchsten Loblieder auf die Jubilarin und namentlich auf ihr „soziales Gefühl“, das besonders Herr Haug besitzt. Als Beweise dafür werden die von der Firma errichteten Arbeiter- und Beamtenkolonien angeführt, die ein bleibendes ehrendes Denkmal dieses Schuhfabrikationsunternehmens bilden, dessen intelligenten, vorwärtstrebenden Inhabern die ganze Gemeinde Eppendorf ihren von Jahr zu Jahr fortwährenden Aufschwung verdankt. So erscheint es nur natürlich, daß die Gemeinde der Jubilarin an ihrem Ehrentage ein weiteres Wachen und Gedenken wünschte. Und diesem Wunsch schließt sich die gelamte Schuh- und Lederindustrie Deutschlands freudig und ohne Rückhalt an. Wie erinnern uns, daß die Firma auch schon in betriebl. Kämpfen mit ihrer Arbeiterkategorie stand, also nicht eitel Liebe und Harmonie zwischen Kapital und Arbeit war. Wohljahrsfeierlichkeiten allein tun es natürlich nicht; sollen diese für die Arbeiter Wert haben, so sind vor allem gute und betriebl. Arbeits- und Lohnverhältnisse die notwendige Voraussetzung. Und da ist nun zu bemerken, daß die gefeierte Firma immerzu die von den Arbeitern geforderte Krisenversicherungswahl zum Weg abgelehnt hat, während zahlreiche andere deutsche Schuhfabriken solche bewilligt haben und manche von ihnen auch wiederholt. Der im Protokoll unseres Jahrgarter Verbandstages auf Seite 151, 152 und 153 abgedruckte Wahlbrief des Herrn Haug ist gerade nicht „sozial gefühlvoll“!

**Kriegsbeschädigte Holzschuhmacher.** In Wilsdorfheim veranstaltete der unterländische Kreisauschuß für Kriegsbeschädigten-Fürsorge in Verbindung mit dem dortigen Hausindustriellen-Verband einen Ausbildungskurs für Kriegsbeschädigte als heimarbeitende Holzschuhmacher. Die Veranstaltung und Föderung von Kriegsbeschädigten in der Hausindustrie ist ein für sie nichts weniger als glücklicher Gedanke.

**Betriebl. Einstellung einer Schuhmacherin in Köln.** Dem Schuhmacher Nettendusch in Köln ist von der Behörde der Handel mit Leder jeder Art unterlagt worden.

**Verurteilung von Schnellsohlern wegen Betrugs.** In Köln wurde der Schnellsohlereibesitzer Neumann, der früher Kaufmann war und von der Schuhmacherei nichts versteht, wegen hoher Bestrafungspreise zu 3 Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 7 Monate und 4000 M. beantragt. Der Verurteilte verarbeitete Treibriemen oder ganz dünnes Leder, wobei die Arbeit auch noch schlecht ausgeführt und die Schuhe zusammengebaut wurden. Herrensohlen kosteten 4 M., Damensohlen 3,10 M., wobei der kaufmännische Schuster nach dem Scherhakenbilden bei verschiedenen Paaren 1,18 M., 1,78 M., 2,03 M., 1,85 M. und 2,15 M. zu viel gefordert hatte. Aus Köln, Herne und Duisburg waren Tag für Tag 100 bis 160 Paar zum Befolgen eingegangen. In Berlin wurde der Schnellsohler Dulastki wegen Kriegswucher zu 10 Monaten Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte ein Jahr Gefängnis und 10 000 M. beantragt. Der Gauner hatte mit „Schuhsohlen-Ertrag“ gearbeitet, der schon nach einständigem Tragen auf den Schuhen zerbrach. In kurzer Zeit hatte er insolge seiner Inzerate 8000 Bestellungen, aber auch 3000 Anzeigen wegen Kriegswucher. Die Platte „Sohlenertrag“ kostete ihm 1 M., er verkaufte sie aber für 5 M., „arbeitete“ also mit 400 Prozent.

**Gegen die Gauner, die angeblich nur „Kernleder“ verarbeiten, in Tat und Wahrheit oder nur Pappsohlen mit dünnem Lederüberzug oder andern Schund, hat die Berliner Polizei den Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen. Sie hat in Begleitung von Sachverständigen in zahlreichen Schuhwarengeschäften und Fabriken Durchsuchungen vorgenommen und dabei erhebliche Mengen solcher schlechter Schuhwaren beschlagnahmt.**

**Ein falscherer Schuhmachermeister, der in Kaiserlautern saß, sagte in einer Resolution seine Bekämpfer über die absolut ungenügende Verpflegung der Schuhmachermeister mit Leder, das überdies noch minderwertig ist und seine Bündel zur Abhilfe zusammen, nach denen ihnen mehr Leder zugewiesen und den Gerbereien das Recht der freien Verfügung über Leder im Werte von 750 M. pro Monat entzogen und kein Leder mehr ohne Ledertarte abgegeben werden soll.**

**Regierung der Schuhmacherei in Ingolstadt.** Die Preisprüfungsstelle in Ingolstadt hat eine Verordnung erlassen, nach der die dortigen Schuhmachermeister ein Berzeichnis ihrer vorhandenen Lederorräte und ferner eine Liste über die Reparaturarbeiten zu führen haben.

**Brandsohlleder als „Kernleder.“** Der Schuhmachermeister Jucht in Berlin hängt in sein Schaufenster ein Klebplakat mit der einladenden Aufschrift: „Hier wird bestes Kernleder verarbeitet!“ In Wahrheit verwendete er so minderwertiges Leder, daß es höchstens zu Brandsohlen, nicht aber zu Laufsohlen hätte verwendet werden dürfen. Ein armes Dienstmädchen mußte das bitter erfahren, denn es ließ bei Jucht seine Schuhe mit „Kernleder“ besohlen, das aber schon nach 4 Tagen völlig zerfallen war. Es hatte 3,50 M. hinausgeworfen. Die Sache kam vor Gericht und der Staatsanwalt beantragte 4 Tage Gefängnis, während das Gericht auf eine Geldstrafe von 60 M. erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Herr Jucht Kriegsinvalid ist.

**Stärkung der Unternehmerorganisationen.** Die österreichischen Schuhmacherinnungen haben sich auf einer in Königsberg abgehaltenen Versammlung zu einem Verbandszusammenschluß und dessen Anstoß an den Bund deutscher Schuhmacherinnungen beschlossen.

**6 Monate Gefängnis wegen Kontursübergangs** erhielt der Birmajender Schuhfabrikant Otto Schmidt vom Gericht in Zweibrücken. Er beschuldigte bei Kriegsausbruch über 100 Arbeiter, einschließlich der Heimarbeiter und produzierte wöchentlich 5447 Dugend Paar Schuhe. Am 18. August 1914 hatte er den Konturs erklärt.

**Zwei Monate Gefängnis wegen zu harter Sohlen** erhielt ein Wiener Schuhfabrikant. Er hatte „zu starke Abfälle“ für Sohlen verwendet!

**Eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Schuhwarenorräte** ist in Oesterreich durchgeführt worden.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für diese Woche vom 1. Jan. bis 7. Jan. der I. Wochenbeitrag fällig ist.

Das Material zur Abrechnung für das 4. Quartal 1916 ist den I. Bevollmächtigten und Vertrauensleuten zugestellt worden. Die Abrechnung ist rechtzeitig aufzustellen und bis spätestens zum 15. Januar an die Hauptkasse einzufenden.

Wir machen darauf aufmerksam, daß mit dieser Abrechnung auch die Gesamtjahresabrechnung über

die Lokalkasse für das Jahr 1916 mit eingefandt werden muß, die auch von der Generalkommission von uns verlangt wird.

Wir ersuchen ferner, auch die statistischen Karten am Stichtage genau auszufüllen und sofort an uns einzufenden.

Um das neue Adressenverzeichnis für 1917 möglich bald erscheinen zu lassen, ersuchen wir die Zahlreichen, die Neuwahlen zur Ortsverwaltung so bald als möglich, unbedingt aber noch im Monat Januar vorzunehmen, damit wir recht schnell in den Besitz der neuen Adressen kommen und sich die Herausgabe des Adressenverzeichnisses nicht solange hinauszögert. Die Wahlprotokolle sind daher sofort nach erfolgter Wahl an den Vorstand einzufenden.

In der unten auf den Wahlprotokollen bezeichneten Rubrik ist anzugeben, wieviel Stück Adressenverzeichnisse benötigt werden.

Nachfolgend verzeichnete Mitgliedsbücher und -Parten wurden als verloren gemeldet und hiermit für ungültig erklärt:

Wilhelm Nr. S.-Nr. 63 950, eingetret am 6. Dezember 1912 in Breslau.  
Hermann Rühn, S.-Nr. 59 181, eingetret am 1. Oktober 1911 in Bielefeld.

Wärzburg, den 30. Dezember 1916.

Der Vorstand.

### Zentral-Kranken- und Sterbefälle des Schuhmacher u. v. B. Deutschlands

Kleinere Verein auf Gegenseitigkeit in Hamburg

Bekanntmachung des Hauptkassierers.

Gelder gingen ein vom 12. bis 30. Dezember 1916:  
Neuruppin 80.—, Dausenhamm 100.—, Erfurt 300.—, Gansstatt 100.—, Plagwitz 100.—, Pahr 100.—, Neumünster 100.—, Wittingen 50.—, Elmshorn 150.—, Bielefeld 80.—, Harburg 150.—, Borns 50.—, Magdeburg 100.—  
Summa: 1460.— M.

Zusufuhr erhielten:

Bieber 150.—, Rönigsberg 600.—, Elberfeld 300.—, Bodenheim 150.—, Lefzig 50.—, A. Steinheim 150.—, Samburg 100.—, Landau 50.—, Freiburg 250.—, Nowawes 100.—, Gfilingen 50.—, Remmingen 70.—, Ebdenburg 100.—, Erfurt-Nord 150.—, Badnang 100.—, Sonders 150.—, Rürnberg 600.—, Gonsenheim 50.—, Nowawes 150.—, Rädelsheim 150.—  
Summa: 3490.— M.

Hamburg, den 30. Dezember 1916.

S. Edel, Hauptkassierer.

### Ehrentafel für unsere im Felde gefallenen Mitglieder

Köln. Philipp Koll, Simon Fehner, Johann Bilsbrand, gefallen.  
Offenbach a. M. Georg Rablau, gefallen.

**Neuer Katalog** (ca. 170 Abbildungen) über **Schuhmacherwerkzeuge** (siehe erschienen).  
— Versand gratis und franco. —  
E. Wgltle, Berlin, Kochringstraße 83.

**Die Arterienverfalkung** und ihre Folgen.  
Erhörungen, Schlagfluß, Wesen, Verhütung und Behandlung von Dr. Luda. Wertvolle Ratsschläge und die Mittel zur Verhütung. Preis nur M. 1.50 pro Nachnahme von Aug. Hubrich, Verlag, Berlin-Schöne 57.

**Handstanzmesser**  
Größe I 7,50 M. — II 7,00 M. — III 6,00 M.  
Theo Dreuer, Merfeld u. Gollingen.

**Einen Schuhmacher**  
Kauft sofort ein  
Rudolph Reil, Mech. Besohlanstalt, Gaaefeld a. G.

**Stahlsohlenschoner**  
Rax, per Gros . . . . . 21.—  
Famos, per Gros . . . . . 11.—  
Gute Lederschoner, große . . . . . 35.—  
desgl., etwas kleinere . . . . . 25.—  
per 1000. — Ab Offenbach. — Nachnahme.

**J. Mosbach, Offenbach a. M.**  
Waldstr. 79.

Für unsere weiblichen Mitglieder.

Notwendige hauswirtschaftliche Entlastung für die erwerbende Frau.

Von Carl Jäck.

Wir haben kürzlich in einem Artikel dargelegt, daß bei der gewöhnlich gestiehrten Ruckbarmachung weiblicher Arbeit...

Als Ergänzung des gesetzlichen Schutzes müssen deshalb kommunale Einrichtungen kommen, die eine hauswirtschaftliche Entlastung der Frau bringen.

An der Spitze dieser notwendigen Einrichtungen steht eine gründliche Wohnungsreform, die gleichzeitig mit Rücksicht auf die Volksgesundheit und -sittlichkeit bringend zu fördern ist.

Am Interesse der arbeitenden Frau darf die Wohnungsreform sich jedoch nicht darauf beschränken, helle, luftige, sonnige, trockene Kleinwohnungen zu schaffen...

Das braucht jedoch keineswegs der Fall zu sein. Insbesondere dann nicht, wenn weit mehr als bisher die Kommune mit Staatsunterstützung baut und damit zu einem guten Teil jene Verteuerungen wegfallen...

Ungemein groß wäre die Arbeitersparnis für die Frau, die weder die Arbeit noch den Staub der Ofenheizung hätte, die weder die Lampen zu füllen und zu putzen brauchte...

Wie sehr ein und wenn auch noch so kleiner eigener Baderraum der Reinlichkeit, der Körperpflege und damit der Volksgesundheit dient und gleichzeitig die Mutter bei der Kinderpflege entlastet, bedarf keines besonderen Nachweises.

Dazu würde ein Zweifaches nötig sein: die Essensgabenstellen müssten zu freundlich eingerichteten kommunalen Speisehäusern umgestaltet und in genügender Anzahl errichtet werden...

Gegen die Breiform, die jetzt durchweg gewählt wird, nun mal in weiten Kreisen eine Abneigung vorhanden; die Volksernährung ist aber eine soziale Frage in doppelter Beziehung.

Wir muß, daß kommunale Speisehäuser wirklich nützlich, also zahlreich in Anspruch genommen werden sollen, muß

man diesen Gewohnheiten Rechnung tragen; um so mehr, weil sie bekannt und von Kindern und Hygienikern auch bestritten wird...

Eine Umgestaltung der Massenpeisung nach dem Krieg, die diesen Anforderungen genügt und die zum Selbstkostenpreise ein nachhaltiges und sorgfältig zubereitetes Essen liefert...

Heute sind überall, mindestens in den Großstädten, wertvolle kommunale Kücheneinrichtungen vorhanden; diese Ausgaben wären also nicht neu zu machen...

Zu diesen Einrichtungen gehört ebenfalls die Uebernahme eines weit größeren Teils der Pflege und Erziehung der Kinder durch die Gesellschaft...

Ein Fortschritt, der zunächst den Kinderbeteiligten zugute käme, aber auch darüber hinaus unsere gesamte Kulturentwicklung in hohem Maße fördern würde...

Genau wäre mit dem angeführten Stand der Dinge noch kein Ideal erreicht, das ist in der kapitalistischen Gesellschaftspraxis unmöglich.

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

lichen Arbeiter, weil sie gegenwärtig einen weit höheren Prozentsatz der Arbeitenden und der Gesamtbevölkerung als vor dem Kriege bilden...

Die Forderungen der Arbeiter und der Gesamtbevölkerung sind also nicht nur in der Lebenshaltung der Arbeiter und der Kulturmenschen des Volkes herabgedrückt...

„Mein Mann ist politisch organisiert“.

Da ich doch nicht nötig, daß ich einträte, so hörte ich dich antworten, als du aufgefordert wurdest, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins zu werden.

Und wie wird dein Familienstand bereichert und verbessert, wenn du tätigen Anteil an der Politik nimmst, die selben Ideale hegt und für ihre Verwirklichung kämpft...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

Man mache sich in Arbeiterkreisen aber auch klar, daß es schwerer als je sein wird, die erwerbenden Frauen den Organisationen zuzuführen...

Frauen, die von der Lasterlast der Erwerbs- und Hausarbeit gemüht sind, die weder Zeit noch Kraft haben...

\*) Für Frauen steht ein Wohnungsgesetzentwurf gegenwärtig im Landtage zur Debatte.

„Ich muß mit jedem Pfennig rechnen“, deshalb kann ich den von der Partei geforderten Beitrag nicht erheben, vernein ich die Partei. Freilich ist es ein Opfer für die meisten von uns, denn wir zahlen nicht von unserem Überflusse. Aber es ist doch nur ein sehr geringes Opfer. Denn über 20 Pfg. Monatsbeitrag wird selten erhoben, und wo es geschieht, wird meistens unsere Frauenzeitung, die „Gleichheit“, den weiblichen Mitgliedern gratis geliefert. Es spricht gewiß für dein Talent als häuslicher „Finanzminister“, wenn du jeden Pfennig in Ehren darfst, aber wenn du hier „sparen“ willst, ist es am unredlichen Plane. Denke einmal, wenn alle so dächten wie du, so wäre unsere stolze Partei nicht vorhanden, es wäre keine Institution da, die für unsere Interessen einträte und kämpfte. Ich habe schon vorhin von der drückenden Zoll- und Steuerlast gesprochen, unter der wir alle seufzen; sieh, wie sollen wir hier Wandel schaffen, wie diese ungerechten Verbrauchssteuern abwälzen, wenn wir nicht alle in festgeschlossener Schlachtlinie antreten?

Den Parteibeitrag willst du sparen und durch dein Fernbleiben schwächt du unsere Partei, unsere Schlagfertigkeit, die Wucht unseres Kampfes, und erleichtert damit unseren politischen Gegnern, den bestehenden Klassen und der Regierung, unseren Angriff auf die ungerechte Steuerpolitik abzuwehren und uns die drückenden Lasten weiter aufzuballen. Während du also 20 Pfg. Monatsbeitrag sparst, verhandelst du es mit, daß uns auch in Zukunft allwöchentlich mehrere Mark an indirekten Steuern und Abgaben aus der Tasche gepolt werden. Du hast, wenn du eine fünfköpfige Familie dein eigen nennst, täglich circa 20 Pfg. alle an Brotzoll zu zahlen, von allem anderen zu schweigen. An Brotzoll, den wir beizulegen wollen, zahlst du täglich, was die Partei monatlich verlangt. Wenn du mit Rücksicht auf die wenigen Pfennige Beitrag unserer Partei fernbleibst, gleichst du jener trübsichten Frau, die das Geld für ein Schloß an ihrer Tür sparen wollte; aber siehe da, eines Tages, als sie heimkam, fand sie ihr Zimmer ausgeräumt. Diebe hatten die unverschlossene Tür entdeckt und alles fortgeschleppt, was sie nur schleppen konnten. Weil sie wenige Pfennige für eine notwendige Sache „sparen“ wollte, mußte sie jetzt für so sauer erworbenes Eigentum darangehen. Würde es nicht sehr töricht von dir sein, wenn du ähnlich handeln würdest?

Es wäre nicht nur töricht, sondern auch wenig ehrenvoll von dir. Denke, wieviel Tausende deiner Schwestern bereits jahrelang nicht nur gezahlt, sondern außerdem mitgearbeitet haben. Unsere weiblichen Mitglieder haben zum Beispiel in glänzender Weise sich am Wahlkampf beteiligt und Wesentliches dazu beigetragen, daß wir einen herrlichen, über alles Erwartetes herrlichen Sieg davongetragen haben. Sieh, alle die Vorteile, die wir durch unsere Partei, durch die Opfer und die Arbeit ihrer Mitglieder erzielt, alles Böse, das wir dadurch abwehrten, ist bisher auch dir und den Deinen zugute gekommen, ohne daß du etwas tatest, und anderen den Kampf zu erleichtern. Wie-

viel Männer und Frauen haben ihre ganze Kraft dem Dienste der Partei gewidmet. Sie haben ihre Gesundheit dabei verloren, ihr Familienleben preisgegeben, sind wochen- und monatelang in Gefängnis gewandert, und du? — Du wollest vor dem geringen Beitrag zurückweichen?

Du wollest dich beiseite treten, wo deine Arbeitsschwester und -bruder mit den Wundmalen des politischen Kampfes über und über bedeckt sind? Mit den Wundmalen des Kampfes, dessen Segnungen auch du genießt? Nein, das willst du nicht! Du müßtest dich ja sonst schämen vor dir selber und vor deinen Kindern, die du lehrt, daß es verächtlich ist ein Schwärzler zu sein, verächtlich, auf Kosten anderer sich Vorteile zu verschaffen.

In diesem Lichte hast du deine Weigerung, in unsere Reihen einzutreten, jedenfalls noch nicht betrachtet. Es ist sicher ein stark entwickelter Familiensinn, die große Liebe zu den Deinen, die dich vor dem geringen Opfer bisher zurückweichen ließ. Nachdem dir nachgewiesen, daß ein falsch geleiteter Familiensinn dich diese über angebrachte „Sparanfätze“ üben ließ, die dem Schwärzertum ausartet, wirst du sicher deine Weigerung zurücknehmen und freudigen Herzens deinen Eintritt vollziehen.

Also, schlage ein in die dargebotene Schwesterhand: Komme zu uns! Du nicht, wie mich das freut. Sei willkommen in unseren Reihen! Bereichere dein Wissen durch den Besuch unserer Versammlungen, lies unsere Literatur, insbesondere unsere sozialdemokratische Zeitung und die sozialdemokratische Frauenzeitung, die „Gleichheit“. Verbrenne die sogenannte parteilose Zeitung und die gegenrhetorischen Blätter aus deinem Hause, denn sie vermitteln dir Anschauungen, durch die das Bewußtsein, daß wir als Arbeiter und Arbeiterinnen alle ein gemeinsames Interesse haben und zusammenstehen müssen, getrübt und eingeschläfert wird. Verbrenne die Zeitungen, die dich lehren deine eigenen Interessen zu handeln, indem sie die Anrechtlosigkeit, die Sozialökonomie, die politische Anrechtlosigkeit als Tugenden der „besonnenen“ und „braven“ Arbeiter und Arbeiterinnen preisen, dagegen die Solidarität, das Selbstbewußtsein und den mutvollen Kampf um eine sonnigere Zukunft verunglimpfen. Im Gegensatz zu ihnen sind unsere sozialdemokratischen Zeitungen unser bester Schutz und Schild, unsere besten Waffen im gewerkschaftlichen, wie im politischen Kampfe, das wirst du oft genug erfahren.

Und hast du dich erst bei uns vollständig eingelebt, fühlst du dich als vollgültiges Mitglied der großen Milionenpartei, nimmst du an all unseren Beratungen, Beschlüssen, an all unseren Arbeiten teil, hast uns vielleicht auch manchen neuen Anhänger zugeführt, dann wird der Tag kommen, an dem du es immer begriffen kannst, daß es eine Zeit gab, in der du noch nicht zu uns gehörtest. Denn dann hast du inoffiziell erfahren, daß schon das Bewußtsein: es gibt einen Weg aus all der Misere der Gegenwart in eine helle, lichtvolle Zukunft — uns mit neuer Lebensfreude und Hoffnung erfüllt.

Dann weißt du, daß es nichts Röstlicheres gibt, als die reine Freude, die hohe, innere Befriedigung, von der jene

erfüllt sind, die vom lödernden Geiste des Sozialismus befreit, von glühender Genußsucht getrieben, ihr Bestes einsetzten für die Verwirklichung des Ideals der Menschheitsbefreiung. Für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft, die keine Getriebenen und Ausgebeuteten, keine Sündenerben und Darbenben kennt, in der vielmehr die Armen und Gleiche schaffend das Schöne genießen.

„Endlich kommt er doch im freudigen Lichte, Der Tag, da aller Menschheit deutlich wird, Die Freiheit sei der Zweck der Weltgeschichte, Das Völkerrrecht der ewig heilige Wort. Dann ist die Flur zum Gottestempel worden, Der Herrschaft feste Burgen sind zerstört, Kein Wahn, kein starrer Haß mehr, der zum Mord Anschuldiger Brüder rings die Welt empört. Dann sitzen Völker, Hand in Hand verschlungen, Wie Brüder unterm großen Himmelsaal, Und wieder wird ein Reich, ein Reich geschwungen, Der Liebestisch am Völkerrückesmaß.“

## 50-Minutenbetrieb für Arbeiterinnen in einer schweizerischen Fabrik.

Nach den letzten schweizerischen Fabrikinspektorenberichten ist im 3. Inspektionskreise in der Nähergegend einer Fabrik mit dem 50-Minutenbetrieb ein interessanter Versuch mit der Arbeitsverteilung gemacht worden und zwar derart, daß nach je 50 Minuten eine Pause von 10 Minuten eingeschaltet wurde. Die Arbeiterinnen mußten ihre Arbeitsplätze verlassen und sich im Freien tummeln. Die Einrichtung wurde von ihnen willkommen genommen, um so mehr, als es sich herausstellte, daß sie bei ihrer Zeiteinteilung mehr verdienten, als früher bei Stückarbeit. Der Fabrikant konstatierte eine Mehrleistung von durchschnittlich 25 Prozent. Die schlechtesten Arbeiterinnen gaben eine Mehrleistung, die beste eine solche von 40 Prozent. Im Zusammenhang mit diesem Versuche war die Verschiebung des Arbeitsbeginnes auf 7½ Uhr morgens, nämlich wurde 9 Stunden, d. h. 9 mal 50 Minuten gearbeitet, was 7½ Stunden effektive Arbeitsstunden ergibt.

Da nichts gesagt wird in dem Berichte, daß die interessante Neuerung wieder aufgegeben worden sein muß, muß man annehmen, daß sie bis auf weiteres beibehalten wird. Hoffentlich erfährt man darüber noch etwas Näheres. Darüber, wo die Fabrik ist, wie ihre sonstigen Arbeits- und Lohnverhältnisse, wie die Arbeiterinnen damit zufrieden sind usw. Der interessante Fall ist so wichtig, daß er dringend wünschenswert erscheint, seine nähere Einzelheiten kennen zu lernen.

## Zur Naturgeschichte der Mütter.

Wer sich doch noch an einem Dinge auf Erden, an einem Menschen festhalten könnte, wie das Kind an seiner Mutter und an ihrem Reide, an diesem wahrhaft heiligen Rod!

Peter Schlemihl hatte seinen Schatten verloren, und das war ihm ein großes Malheur; eine Mutter aber könnte ihren Schatten verkaufen, niemand würde es bemerken, denn ihre Kinder folgen ihr ja als Licht und Schatten auf dem Fuße.

Es ist nicht eine Herzgenüß, so einen menschlichen Keinen Ableger, seiner, in Küche und Keller, in Speise- und Bodenstube unüberwachteten Mutter auf Dritten und Schritten hinterdrein trippeln, mödern, greinen, stolpern, fallen und sich überlegen zu sehen!

Und in allen Wechselfällen dieser an die mütterlichen Fersen gebundenen Begleitung hält der kleine Kobold den biden Kinderarm und die gepeinigten fetten Finger der kleinen Pfaffenhand nach dem mütterlichen Rod ausgestreckt wie etwa ein Schiffbrüchiger nach einem Brett.

Und wie erfinderisch, wie genievoll, wie humoristisch ist die Mutter dieses kleinen Schmeißel in jedem Moment! Wie gebuld-ergüt, wie vergnügt-ärglich, wie ebrlich-diplomatisch, wie begütigend-bedrohlich, wie überhörend-scharfsichtig, wie übersehend-scharfsichtig, wie tausendgestaltig, wie hundertbändig, wie göttlich und unerschöpflich an Wis und Liebe in ihrer Mutterkraft!

Die Männer haben gar zu selten eine adamitische Kraft, aber in jeder Mutter ist die Armutter des Menschengeschlechts, ist die heilige Natur eingelebte. Darum spiegeln sich in diesen Mutterhumoren alle Kultur- und Naturgeschichten zurück!

Der Weltweisen ist dem Zintenfaß von Buchhändlers Inaden und vom Druckpapier ohne Ende, socht den Müttern heilig zu, dann werden auch die Mütterien und die Handgriffe, die irdischen und himmlischen Drahtlinien aller Erziehung und alles Weltregiments klar vor Augen stehen!

Eszt den Keinen Weltweg von einem Jungen: er quästet, er komiert, er belagert und brandbäht, er ärgert und entzündt seine Mutter, er weicht ihr seinen Augenblick vom Rod, es ist eben kein Wänich und Wunderrod. Hinten ab — stellt sich er seiner Mama wieder vorne über die Fuß- und richtet sich so kräftig an der Schürze empor, daß die Vermis beinabe das Aberg: nicht kriegt, denn sie hantiert eben in der Speisekammer und hält eine große Schüssel mit trockenen Pflaumen in der Hand. Dies

hat der lebenswürdige kleine Barbar richtig erwitert und ausprobiert: dahin zielt seine Kontribution; aber er läßt seiner lieben Mama nicht so viel Zeit, daß nur erst die benötigte Portion Sadobst aus der Sonne in die Schüssel und aus der Schüssel in seinen Schreibstisch praktiziert werden kann. Sie will dem „kleinen Väter“, wie sie ihren leibhaftigen Gebuld- und Augenbroder nennt, sie will ihm ja „alles geben“ und zugestehen, was irgend zu geben und abzulangen ist; aber der kleine Sakramenter soll einen Augenblick warten, und das kopiert er, das will er nun einmal nicht, und so hat er denn den Schüsselrand gepakt, bevor sich dessen die gemüthliche Mama verzieht, welche jetzt in jedem Sinne aus dem Gleichgewicht zu sein scheint; denn sie hat nicht nur die leibliche Balance verloren, indem sie von einem Fußbänken herabstolpert, welches auch von dem leibhaftigen Mutterstatten erklettert worden ist, sondern sie hat den kleinen „Nachdränger“ im ersten mütterlichen Schreden auch einen abentwärtigen Nuttopf appliziert, weil sie ihn bei einem Saare misamt der Schüssel über den Leib gestürzt wäre. Ich sage bei einem Haar, aber darum noch lange nicht. Denn was gewisse Geschicklichkeiten, Doppelgriffe, Rettunggriffe, Doppelbälle, Janusaugen und Zirkelnäher, Allwissenheiten und Allvermögenheiten anlangt, so übertrifft eine Mutter jeden Zauberer, Paganini und Prestidigitateur. Keine Sonnambule ist in solchem sinnlich-übersinnlichen Rapport mit Sonne, Mond und Sternen und mit ihrem magnetischen Axt, wie so eine liebe Mama mit ihrem persönlichen Abgelegenen.

Mutterinstinkt muß man in Aktion gesehen haben, und dann glaubt man es doch nicht und begreift es vollends bei seinem End!

So ein kleiner Zeitläufer und Abenteuerer steht eventualiter mit Messer und Gabel mitten auf einem Tisch oder auf der Wipp- und Kippseite einer Bank, oder er hat sich kopfüber im zweiten Stock mit dem halben Weibe aus dem Fenster gelegt. Der gute Mutterengel ist von diesen Experimenten auf Tod und Leben, drei Stuben, oder drei Treppen, oder drei Straßen weit entfernt, aber ihre Mutterseele ist trotz der Distanz angst und bang geworden, sie ist von ihrem Besuch, vom Kaufmann, vom Markt fortgelaufen, sie liegt plötzlich im Keller oder auf dem Boden alles sehen und liegen und erscheint präzis im entscheidenden Augenblicke an der Stelle, wo ihr Kind soeben die Balance verloren hat und sich das Auge aus dem Kopfe gestochen, oder den Kopf auseinander geschlagen hätte, wenn nicht der rettende Mutterarm, wie ein Arm aus der Wolke, mit Blitzschmelde dazwischen kam!

Im ersten Entzücken wird der Gerettete an den Zusen

gedrückt, im nächsten Augenblick aber mit solcher Schnelligkeit wechselweise ausgestaunt und gestäht, daß der so Traktierte weder begreift, wie ihm geschieht, noch sich ordentlich zum Losfahren anschicken kann. Und wenn es nun doch dazu kommt, wenn sich der Wetterjunge endlich darauf besinnt, daß er Schiffe beizen, und wenn er sein Müthen bereits zu einem ganz passablen Sechsmal aufgesperrt hat, so verpörsert er auch schon ein Suckerwerk auf der Zunge und ein Lieblingsspielzeug in den Händen: in unfarm anfänglich erzählten Falle: getrocknete Pflaumen oder Birnen, und zur letzten Friedensbegelung einen langen Kus!

Ein Säugling ist für einen studierenden Menschen etwas Gräßliches, ein Tier und schlimmer, weil ein schreiender kleiner Kobold, der gleichwohl wie ein Mensch, also mit Rücksicht und Verleugnung, behandelt werden muß.

Wie anders fühlen hier die Frauen! — Eine Manns-person ließe so einen Säugling ohne Bewußtseinsbisse sich zu Tode schreien.

Man erzählt da die ergötliche Anekdote, daß Mann und Frau ihr erstes Kind abwechselnd wiegen wollen; als es dazu kommt, erklärt der Mann: Wiegen du deine Däffe; ich laß meine Däffe schreien.“

Eine Frau sagte einmal: Ich lebe vier Jahre in der Ehe; seit der Zeit ist mir alles Traum und Wunder; daß ich Frau bin, daß ich Mutter bin; — ich kann das nicht begreifen und am wenigsten, wie all diese Weiber so Jahr für Jahr in das Wadenbett kommen, wie sie sich darin finden, so gleichmütig dem Tode entgegenzugesehen, so mit dem Leben zu spielen und regelmäßig in ihrer Lieblingsverfassung zu sein! — Es ist dabei so viel Tiesliches im Spiel, daß ich vollkommen begreife, wie nur ein solches Weib zu dem allen geschickt ist und den Zwecken der Natur vollkommen entspricht, die nicht denkt; und dann wieder geschieht es mir, daß ich in der Nacht aufwache und mein Säugling liegt wach in der Wiege, und beim Schein der Lampe blickt mich aus der Wiege ein Paar dunkle, blinzelnde Augen an, und das sind eigentlich meine Augen, denn sie gehören einer Seele, die von meiner Mutterseele abgewiegt ist, ohne daß ich einen Augenblick begriffen habe, wie dies möglich ist; und weiterhin läuft dieser Menschen- ableger unter meinen Augen umher, hält sich an meinen Rod, wie eine leibhaftige Ranke und Klette, spielt Verreden in meinem Schoße und endlich groß geworden, verläßt er Vater und Mutter, gehört der ganzen Welt, geht in die weite Welt, und die Mutter hält das alles aus und verliert nicht den Verstand.“

(Schluß folgt.)